

Ihre Gesprächspartner/-in:

Dr. Johann Kalliauer

Mag.^a Aleksandra Waldhauser

Präsident der AK Oberösterreich

Sozialforscherin von IFES

Der Österreichische Arbeitsklima Index

**Depressionen, Resignation, Armut:
Die Politik muss Langzeitarbeitslosigkeit
endlich wirksam bekämpfen**

Online-Pressekonferenz

am 11. Mai 2021, 10 Uhr

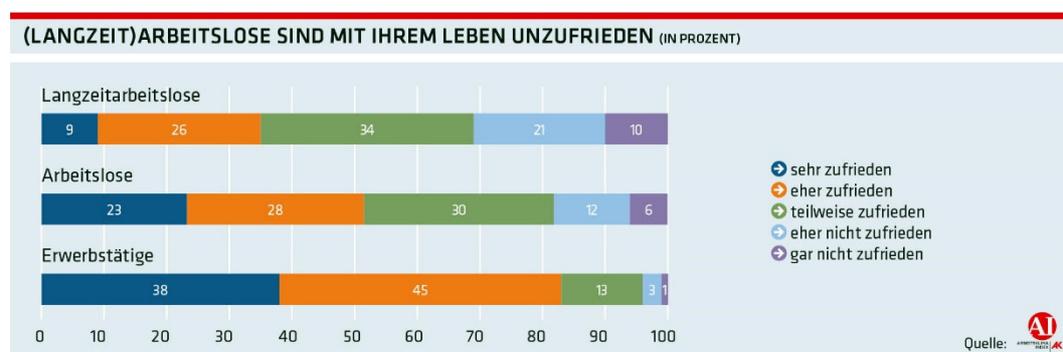
Die Corona-Krise verfestigt Langzeitarbeitslosigkeit. Eine aktuelle Sonderauswertung des Arbeitsklima Index zeigt das politische Versagen von Bund und Land schonungslos auf: Arbeitslose kommen mit dem Arbeitslosengeld kaum aus, leiden unter hohen psychischen Belastungen und verlieren den gesellschaftlichen Anschluss. Mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit steigen soziale Isolation, Depressionen und Resignation. „Das ist ein gesellschafts- und demokratiepolitisches Alarmsignal“, sagt daher AK-Präsident Dr. Johann Kalliauer.

Immer mehr Menschen sind von Arbeitslosigkeit oder der Angst, arbeitslos zu werden, betroffen. Im vergangenen Jahr waren in Österreich mehr als eine Million Menschen zumindest einen Tag arbeitslos – doppelt so viele wie in den 1980er Jahren. Aktuell sind bundesweit mehr als 433.000 Menschen arbeitslos oder in Schulung (OÖ: rund 46.200). Mehr als jede/r dritte Arbeitslose ist langzeitarbeitslos (148.436) – also seit mindestens zwölf Monaten auf Jobsuche. Alleine in Oberösterreich sind es 13.458 Menschen.

Wie es arbeitslosen Menschen geht, zeigt eine Sonderauswertung des Arbeitsklima Index. Das Institut für Empirische Sozialforschung (IFES) hat dafür im Auftrag der AK Oberösterreich zwischen dem 1. Quartal 2020 und dem 1. Quartal 2021 rund 6.400 unselbständig Beschäftigte (darunter rund 550 Arbeitslose) befragt.

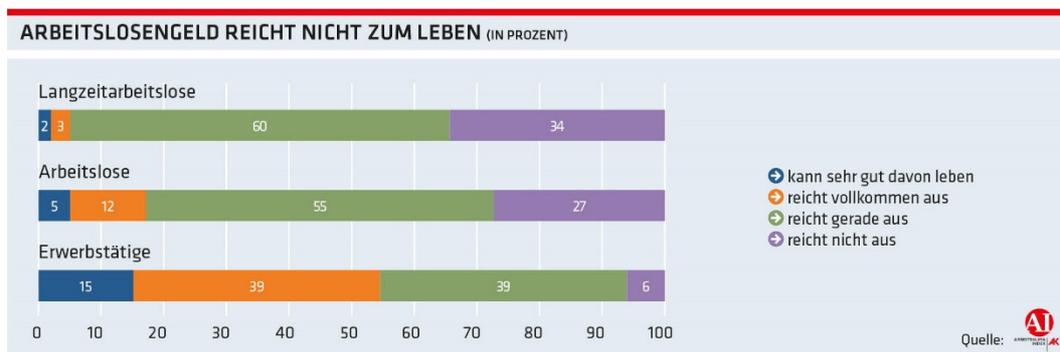
Ein Fünftel der Arbeitslosen ist mit dem Leben unzufrieden

Arbeitslosigkeit macht unzufrieden: 18 Prozent der Arbeitslosen geben an, mit dem Leben eher oder gar nicht zufrieden zu sein, bei den Langzeitarbeitslosen sind es sogar 31 Prozent, bei den Erwerbstätigen vier Prozent.



Arbeitslosengeld reicht bei vielen nicht zum Leben

Ein Grund für die geringe Lebenszufriedenheit ist die schwierige Einkommenssituation von Arbeitslosen. 82 Prozent der Arbeitslosen sagen, dass sie mit dem Arbeitslosengeld gerade oder gar nicht auskommen. Dieses Problem spitzt sich mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit zu: Bei den Langzeitarbeitslosen kommen sogar 94 Prozent gerade oder gar nicht mit dem Arbeitslosengeld über die Runden. Unter den Erwerbstätigen finden 45 Prozent kaum ein Auslangen mit dem Einkommen.



Hintergrund ist, dass das Arbeitslosengeld in Österreich mit einer Nettoersatzrate von 55 Prozent des zuletzt bezogenen Lohns generell zu niedrig ist. Mit der im Anschluss an das Arbeitslosengeld zustehenden Notstandshilfe sinkt die Versicherungsleistung degressive auf ein noch niedrigeres Niveau. Derzeit ist die Notstandshilfe noch bis Juni 2021 auf die Höhe des Arbeitslosengeldes angehoben.

Dennoch sind viele Arbeitslose von Armut bedroht. Das zeigt sich auch an ihrer Zufriedenheit mit der sozialen Absicherung: Laut Arbeitsklima Index sind 28 Prozent der Arbeitslosen mit ihrer sozialen Absicherung unzufrieden, bei den Erwerbstätigen sind es sieben Prozent.

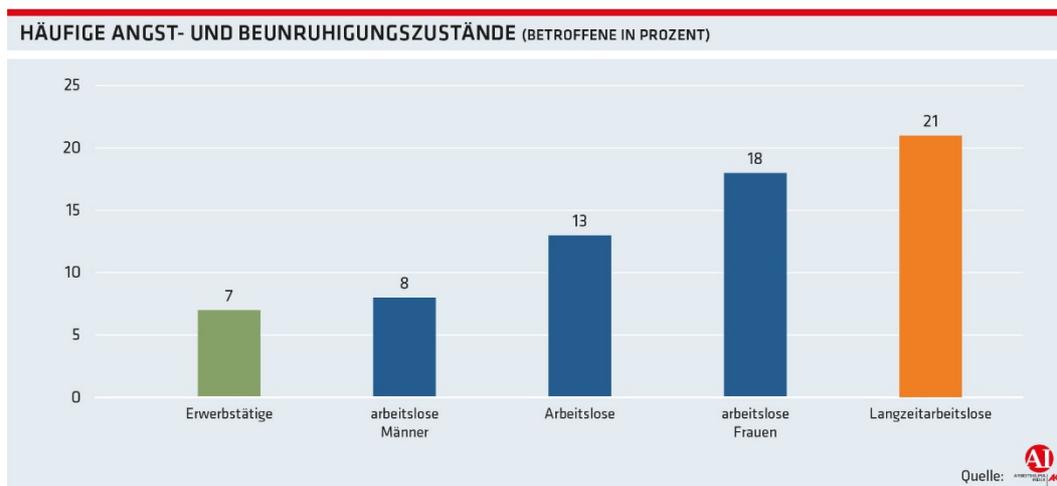
Schlechtere gesundheitliche Verfassung

Der Zusammenhang zwischen Gesundheit und Arbeitslosigkeit ist ein Teufelskreis. Zum einen haben Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen ein höheres Risiko, arbeitslos zu werden. Zum anderen führt Arbeitslosigkeit – vor allem wenn sie länger andauert – oftmals zu gesundheitlichen Problemen.

13 Prozent der Arbeitslosen schätzen ihre gesundheitliche Verfassung als schlecht bis sehr schlecht ein. Mit Dauer der Arbeitslosigkeit verdoppelt sich dieser Anteil auf 27 Prozent. Von den Erwerbstätigen sagen vier Prozent von sich, eine schlechte gesundheitliche Verfassung zu haben. Arbeitslose klagen deutlich häufiger über Kopfschmerzen und Migräne, Schlafstörungen, Nervosität oder hohen Blutdruck.

Starke psychische Belastungen

Arbeitslose sind auch starken psychischen Belastungen ausgesetzt: 13 Prozent der Arbeitslosen geben an, häufig bis sehr häufig unter Angst- und Beunruhigungszuständen zu leiden. Bei den Erwerbstätigen sind es sieben Prozent. Auffallend sind die großen Geschlechterunterschiede. Arbeitslose Frauen leiden mehr als doppelt so häufig unter Angst oder Beunruhigung als arbeitslose Männer. Ebenso zeigt sich, dass mit der Dauer der Arbeitslosigkeit die Belastungen zunehmen. Ein Fünftel der Langzeitarbeitslosen leidet (sehr) häufig unter Angst und Beunruhigung.



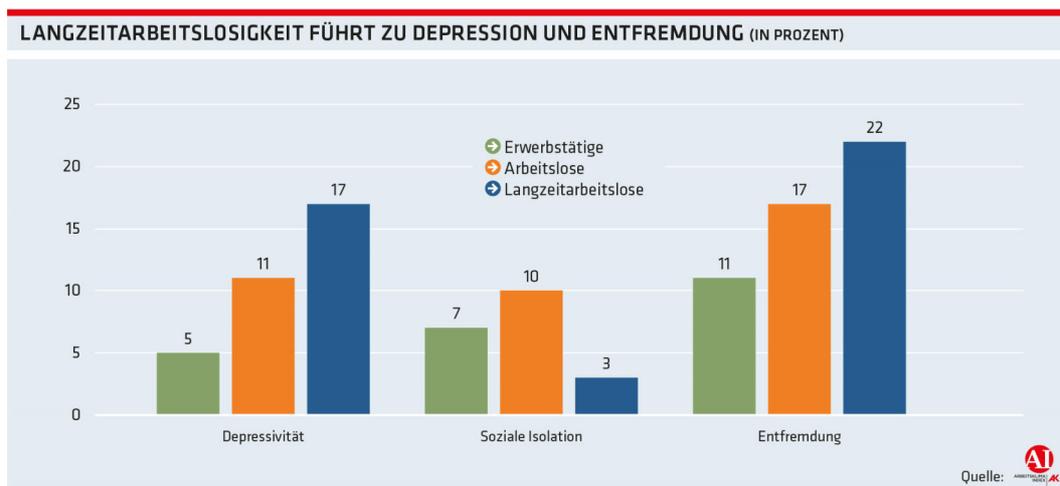
Auffällig hoch sind die Unterschiede bei Depressivität und Entfremdung. Während fünf Prozent der Erwerbstätigen von Depressivität stark belastet sind, sind es bei den Arbeitslosen elf Prozent. Bei den weiblichen Arbeitslosen liegt der Wert sogar bei 18 Prozent, bei den arbeitslosen Männern bei acht Prozent.

17 Prozent der Arbeitslosen sind von Entfremdung sehr stark belastet. Auch hier sind Frauen und Langzeitarbeitslose nochmals stärker betroffen. Entfremdung drückt den Umstand aus, sich von gesellschaftlichen Abläufen und Entwicklungen entkoppelt zu fühlen, nicht mehr mithalten zu können oder das Gefühl zu haben, den Anschluss zu verlieren.

Arbeitswelt ist ein Ort der sozialen Integration

Zehn Prozent der Arbeitslosen sind von sozialer Isolation stark belastet, was zeigt, dass die Arbeitswelt nach wie vor ein Ort der sozialen Integration ist. Der Verlust der Arbeit und der damit einhergehende Rückgang an sozialer Einbindung lösen gerade zu Beginn der Arbeitslosigkeit eine Stresssituation mit sehr hohen Belastungen und Ängsten aus, da bestehende soziale Beziehungen abrupt gekappt werden. Erst mit der Zeit werden Kompensationsmechanismen und Gewöhnungseffekte wirksam und es kommt zu einer Neuorientierung in den sozialen Beziehungen.

Die fehlende Integration in den Arbeitsmarkt verursacht aber langfristig einen Sinnverlust im Leben und führt zu Resignation und Entfremdung. Ähnlich wie in der Pionierstudie „Die Arbeitslosen von Marienthal“ lässt sich das Phänomen der Resignation unter Arbeitslosen besonders häufig feststellen, was auch für die Politik ein Alarmsignal darstellen sollte.



Vom höheren Arbeitslosengeld profitieren alle

Das zentrale Problem in der aktuellen Wirtschaftskrise ist die Konsumschwäche. Durch die Vielzahl an Jobverlusten und das niedrige Arbeitslosengeld haben die Menschen zu wenig verfügbares Einkommen. Das Ersparte ist vielfach aufgebraucht, größere Anschaffungen werden verschoben.

Ein höheres Arbeitslosengeld von mindestens 70 Prozent des vorigen Nettoeinkommens setzt an diesem Problem an. Es vermeidet Armut, führt zu mehr Einkommen, mehr kaufkräftiger Konsumnachfrage und zu einer besseren Auftragslage für Betriebe. Dies führt zu mehr Jobs, wiederum zu mehr Einkommen, mehr

Konsum und letztendlich zu mehr Steuereinnahmen bzw. Sozialversicherungsbeiträgen für den Staat. Und vor allem: Arbeitslose haben die Chance auf eine neue Beschäftigung. Eine positive Aufwärtsspirale für die gesamte Volkswirtschaft.

Die Kosten der Erhöhung des Arbeitslosengeldes von etwa 1,5 Milliarden Euro (laut AK-Berechnungen) pro Jahr fließen direkt in den Konsum. Das würde zwischen 6.000 und 10.000 neuer Jobs schaffen. Arbeitsplätze, die wir angesichts der Massenarbeitslosigkeit in Österreich dringend brauchen.

AK-Forderungen

Die Einmalzahlungen an Arbeitslose sowie die zeitlich begrenzte Angleichung der Notstandhilfe an das Arbeitslosengeld haben noch Schlimmeres verhindert. Aber wie die Sonderauswertung des Arbeitsklima Index zeigt, ist die Situation der arbeitslosen Menschen in Österreich dennoch dramatisch. Da die Politik über ein Jahr zugesehen hat, wie die Langzeitarbeitslosigkeit dahingaloppiert, steuert Österreich auf eine soziale Misere zu. Eine Entwicklung, die schnell korrigiert werden muss, weil sie sozialen Sprengstoff birgt.

Das nun angekündigte „Programm Sprungbrett“ des Bundes und die Bereitschaft, endlich Maßnahmen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit zu ergreifen, kommen spät und sind wenig ambitioniert. Vielmehr braucht es eine echte Offensive gegen Langzeitarbeitslosigkeit.

Forderungen an das Land Oberösterreich

- Das 5-Punkte-Paket des Landes OÖ ist ein Schritt in die richtige Richtung. Damit wurde die AK-Forderung nach einer kommunalen Beschäftigungsoffensive als Teil des Pakets umgesetzt. Dass jetzt mit dem JOB-RESTART-Programm bis zu 1.000 langzeitarbeitslose Oberösterreicher/-innen in den Gemeinden ausgebildet und beschäftigt werden, ist zu begrüßen. Das Land OÖ sollte aber ambitionierter handeln und in den nächsten zwei Jahren rund 4.000 Langzeitarbeitslose in den Arbeitsmarkt integrieren.
- Im „Pakt für Arbeit und Qualifizierung“ 2021 ist geplant, rund 1.250 Plätze in sozialökonomischen Betrieben zu finanzieren. Das ist nicht ausreichend. Die Anzahl der Plätze muss schnell verdoppelt werden.

AK-Forderungen auf Bundesebene

- Rasche Erweiterung der Kapazitäten im Bereich des psychologischen und psychotherapeutischen Angebots. Die Ausweitung des Angebots hat über einen Gesamtvertrag mit ausreichender Zahl an Kassenstellen und freiem Zugang über die E-Card zu erfolgen.
- Der Einkommensverlust bei Arbeitslosigkeit und das damit einhergehende Armutsrisiko müssen reduziert werden:
 - Die erhöhte Notstandshilfe muss über Juni 2021 hinaus bis zum Ende der Corona-Pandemie fortgesetzt werden.
 - Die Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld muss rasch und generell (unbefristet) von 55 auf mindestens 70 Prozent angehoben werden.
 - Die Nettoersatzrate darf bei einer längeren Bezugsdauer nicht reduziert werden – kein „degressiver“ Verlauf.
- Einführung einer Jobgarantie, die allen älteren Langzeitarbeitslosen (45+) einen Job im öffentlichen oder gemeinnützigen Sektor anbietet.
- Ausbau von frauenspezifischen arbeitsmarktpolitischen Programmen
- Maßnahmen, die die Mehrfachbelastung von Frauen reduzieren, insbesondere Rechtsanspruch auf einen qualitätvollen Kinderbetreuungsplatz ab dem zweiten Lebensjahr und forcierter Ausbau der Angebote für professionelle Pflege und Betreuung von alten Menschen sowie Menschen mit Beeinträchtigung, verbunden mit einem Rechtsanspruch.
- Mehr AMS-Personal. Die beschlossenen 350 befristeten zusätzlichen AMS-Planstellen (davon 100 für die Abwicklung der Kurzarbeit) bis 2023 und der gestoppte Stellenabbau von weiteren 150 Stellen sind zu begrüßen. Das ist aber zu wenig. Der Gesamt-Bedarf ist mit mehr als 650 zusätzlichen Planstellen deutlich größer.